

Trump soll die Schweiz unter Druck setzen

Pharma Die USA fordern in den laufenden Zollverhandlungen höhere Medikamentenpreise. Das ist offenbar Teil der geheimen Verträge, die Roche und Novartis mit dem US-Präsidenten geschlossen haben.

Isabel Strassheim

Bei den Zollverhandlungen der USA mit der Schweiz, die bis Ende März abgeschlossen sein sollen, wird die US-Regierung die Schweizer Medikamentenpreise als Thema vorbringen. «Dies wird von US-Seite Teil der Verhandlungen sein», sagt eine zuverlässige Quelle aus der Basler Pharmaindustrie. Offenbar ist dies so in den Verträgen von Roche und Novartis vereinbart, die die Pharmakonzerne mit US-Präsident Donald Trump geschlossen haben. Der Pakt ist jedoch geheim, sodass dies nicht überprüft werden kann.

Die USA werden in den Gesprächen darauf hinarbeiten, dass die Schweizerinnen und Schweizer mehr für Medikamente zahlen. Das überrascht, an sich müsste Trump das gegenteilige Interesse haben: In Europa müssten die Preise stabil bleiben oder gar sinken. Denn der US-Präsident hat in Verträgen mit den Pharmakonzernen festgelegt, dass neue Medikamente in den USA deutlich günstiger werden und genauso viel kosten wie in anderen Industriestaaten. Mit einer Erhöhung in Europa fällt aber der Abschlag in den USA weniger stark aus.

Novartis-Chef Vas Narasimhan erklärte bei der Bilanzmedienkonferenz vergangene Woche erstmals den Mechanismus des US-Deals: Die Preise in Europa sollen ein wenig herauf- und in den USA ein wenig heruntergehen. «Wir werden uns mit der Zeit irgendwo in der Mitte treffen», so Narasimhan.

Trump fokussiert auf Pharmastaaten

Trump will der Pharmabranche – und ihren Aktienkursen – nicht allzu sehr schaden. Seine grenzüberschreitende Idee ist, dass die Preise in anderen Staaten höher und in den USA mithin nur leicht niedriger ausfallen. Über die Preise in Europa können die Pharmakonzerne jedoch nicht selbst bestimmen. Wie viel ein Medikament kosten darf, regeln in Europa die Regierungen. Deswegen braucht es hier Verhandlungen mit den Staaten.



Werden die Medikamente in der Schweiz teurer? Apotheke in St. Gallen. Foto: Sabina Bobst

Die Pharmaindustrie verhandelt bereits mit den europäischen Ländern, wie Novartis-Chef Narasimhan sagte. In der Schweiz hat der Bund eine Arbeitsgruppe einberufen, die eine Pharmastrategie ausarbeiten soll. Wichtigster Punkt ist das Preisfestsetzungssystem für Arzneimittel. Vorschläge hierzu werden für diesen Herbst erwartet, wie aus Pharmakreisen zu hören ist.

Der Zollvertrag zwischen den USA und der Schweiz soll vorher stehen. Trump dürfte darauf drängen, dass darin bereits höhere Preise für die Schweiz vereinbart werden.

Die Schweiz ist wegen ihrer beiden Weltkonzerne Roche und Novartis bei den Arzneimittelpreisen auf Trumps Radar geraten. Der US-Präsident nimmt sich die Heimatländer grosser

Pharmakonzerne vor, egal, wie gross oder klein sie sind. So auch Dänemark, das mit seinem Abnehmspritzenpionier Novo Nordisk ein Pharmaschwergewicht hervorgebracht hat.

Neben der Schweiz und Dänemark ziehen die USA auch die G7-Staaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada und Japan heran. An sie sollen die US-Preise für neue Me-

Eine Erstattung nur per Zusatzversicherung würde eine Zweiklassenmedizin schaffen.

Medikamente gekoppelt werden. Und sie sollen über «angemessene Preise» ihren Beitrag an die Medikamentenforschung leisten.

Die USA vergleichen die Preise nicht eins zu eins, sondern adjustieren sie an die jeweilige Wirtschaftsleistung der Länder. Sie ist in der Schweiz unter allen Staaten, die in Trumps Fokus stehen, am höchsten. Das heisst: Schweizer Medikamentenpreise müssen der US-Logik folgend stärker steigen als anderswo.

Narasimhan bringt «Mitleidsfonds» ins Spiel

Die Ansage von Roche und Novartis ist klar: Erhöht die Schweiz ihr Medikamentenpreissystem nicht, bekommt sie ein Versorgungsproblem: Die Konzerne würden hier neue Arzneimittel nicht mehr anbieten.

Novartis-Chef Vas Narasimhan sieht zwei Alternativen: innovative Medikamente nur noch für Patienten mit Schweizer Zusatzversicherung. «Dann sind sie wenigstens erhältlich, wenn auch nicht für alle», sagte er an der Medienkonferenz letzte Woche. Seine andere Option für die Schweiz: «Wir müssen einen Mitleidsfonds auflegen.» Solche Fonds sind in Entwicklungsländern üblich, wo Medikamente an Schwer Kranke gratis abgegeben werden.

Beide Optionen sind wenig wahrscheinlich. Einen «Mitleidsfonds» für die reiche Schweiz hält auch Narasimhan für unangemessen. Dass er ihn als Möglichkeit überhaupt nennt, zeigt aber, wie ernst die Lage ist.

Die Pharmafirmen können beim Umsatz auf die Schweiz verzichten. Bei Roche und Novartis machen die Erlöse hier

unter ein Prozent aus, bei Pfizer und anderen Konzernen ist es ähnlich. Verkaufen sie ihre neuen Therapien nicht mehr in der Schweiz, spüren sie das nicht. Kranke hier dagegen schon.

Eine Erstattung nur per Zusatzversicherung als andere Option würde eine Zweiklassenmedizin schaffen, die der Schweizer Pharmaverband ablehnt. Die Branche weiss, dass eine einheitliche Gesundheitsversorgung zum Kitt der Schweizer Demokratie gehört.

Preise im US-Kerngeschäft sollen sinken

Das erhöht den Druck auf die Zollgespräche mit den USA. Was für die Pharmabranche auf dem Spiel steht, sickerte bislang nur aus Insiderkreisen durch. Mit Narasimhan erklärte ein Pharmachef zum ersten Mal öffentlich: «Bei der Lancierung neuer Medikamente müssen wir in den USA gewährleisten, dass unser Nettopreis – egal in welchem Segment – dem niedrigsten in einem der US-Referenzländer entspricht.»

Bisher war nur bekannt, dass für die staatlichen Hilfsprogramme Medicaid und Medicare die Referenzpreise gelten sollen. Narasimhan stellte aber klar, dass der Vertrag der Pharmaindustrie mit Trump auch das Herzstück des US-Pharmageschäftes trifft: die privaten Krankenkassen, über die der grösste Teil der US-Bevölkerung versichert ist. Mit ihnen erzielt die Pharmabranche ihre höchsten Umsätze und Gewinne. Das heisst: Der Pakt mit Trump bedroht das gesamte US-Geschäftsmodell der Pharmafirmen – jedenfalls dann, wenn die Schweizer Preise nicht steigen.

Höhere Schweizer Arzneimittelpreise aber dürften bei den Krankenkassen hier zu höheren Prämien führen. Der grösste Kostentreiber für die Grundversicherung waren schon bisher neue Medikamente, wie eine Analyse der Krankenkasse CSS ergab.

Steigen die Prämien, nehmen aber auch mehr Leute Prämienverbilligungen in Anspruch. Letztlich dürfte also der Staat für die Pharmaindustrie zahlen.